

BLÄTTER

aus dem

MAX-SAMUEL-HAUS

Rostock

April 1998

Vor einem Jahrhundert veröffentlichte Theodor Herzl unter dem Eindruck des wachsenden Antisemitismus und der fehlgeschlagenen Assimilation sein Buch *Der Judenstaat* und berief den ersten zionistischen Kongreß ein mit dem Ziel der Stärkung jüdischer Identität und der Schaffung einer Heimat für die in aller Welt verstreuten Juden. Nach dem Holocaust wurde vor 50 Jahren auf UNO-Beschluß in Palästina der Staat Israel gegründet. Seitdem leben Juden und Palästinenser in permanenter Reibung, Unruhe, Gewalt.

Vizekonsul Josef Levy vom israelischen Generalkonsulat Berlin sprach auf Einladung des Max-Samuel-Hauses und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft über „Israel im Vorfeld des 50. Jahrestages seiner Staatsgründung“.

Kompromiß als Schlüsselwort

Es gibt keine Alternative zum Friedensprozeß.

Levy verwies auf eine neue Ära seit Beginn des Friedensprozesses vor fünf Jahren, als sich Rabin und Arafat in Washington die Hände reichten. Statt der gegenseitigen Beschuldigungen, den anderen aus den angestammten Gebieten zu verdrängen oder die Geschichte zurückdrehen zu wollen, habe sich ein neues Problembewußtsein entwickelt. Der Traum von Großisrael sei ebenso ausgeträumt wie der der Palästinenser, das 1948 dem neuen Staat Israel zugesprochene Land zurückzuerlangen. Wenn eines Tages der Messias käme, auf den die gläubigen Juden warten, würde sich die Situation womöglich ändern, aber in der heutigen Realität sei es die einzig vernünftige Lösung, die notgedrungen gemeinsame Wohnung zu teilen. Der Verzicht sei für beide Seiten schmerzhaft, aber es gäbe für beide Völker keine andere Heimat.

In Europa unterschätze man bisweilen die Bereitschaft der Regierung Netanjahu für Frieden einschließlich territorialen Verzichts. Der Friedensprozeß sei keine persönliche Anschauung, sondern eine notwendige

strategische Entscheidung. Aber es könne keinen Abzug aus den vereinbarten Regionen geben ohne Gewährleistung der Sicherheit für die dort lebenden Juden. Die gegensätzlichen Interessen einerseits der 140.000 Siedler im Westjordanland, die das Land als vor 3000 Jahren von Gott gegeben oder als Sicherheitszone zur Verteidigung des teilweise nur 14 km breiten Israel auffassen, und andererseits der 1½ Millionen dort lebenden Palästinenser, die die israelische Siedlungspolitik ablehnen, konnte Levy nachvollziehen. Aber auch die Araber müßten sich daran gewöhnen, daß in ihrem Land Juden leben können, genauso wie 1 Million Araber mit 5 Millionen Juden in Israel leben.

Die einzige Chance sei ein Kompromiß, ein Leben nebeneinander, zwar ohne Liebe zueinander, aber doch ohne Gewalt gegeneinander: Gespräche und Worte statt Geschosse und Steine.

Im Kopf sitzen wir noch immer auf den Koffern.

Levy, der sich selbst zum Zionismus bekennt, führt die heutige Befindlichkeit der Israelis mindestens teilweise immer noch auf die

früheren Erfahrungen in der Diaspora zurück, obwohl die Juden nach Jahrhunderten der Vertreibung und Vernichtung einen eigenen Staat haben, ein Zuhause. Ein unterschwelliges Gefühl der Bedrohung, des Bedürfnisses nach Sicherheit sei stets vorhanden. Gerade in Krisenzeiten wie während des Golfkrieges oder in der neuen Irak-Krise trete ein Angstphänomen zutage, eine Katastrophenerwartung, als ob eines Tages wieder die Sachen zu packen wären. Dieses Gefühl der Hilflosigkeit sei sicher nicht realistisch, aber es sei vorhanden und verhindere ein langfristiges Denken.

Man sei der Unruhe müde, sehne sich nach einem normalen friedlichen Leben, nach besserer Lebensqualität, mit kulturellen Brücken zu den Nachbarländern, mit Ferienreisen und Wochenenden ohne Angst vor Gewalt - wie die meisten Palästinenser auch.

Wir dachten, daß wir anders sind:

Alle Juden werden Brüder...

Levy teilt insgesamt die Ängste nicht, daß nach der Beilegung der Konflikte mit den Palästinensern die inneren Widersprüche, besonders die zwischen Orthodoxen/Religiösen und Nichtreligiösen, auch zwischen Juden aschkenasischer und sephardischer Herkunft stark zutage treten werden. Es existiere ein breites Spektrum in der Religion, es ginge um Macht, Geld, Einfluß: um dieselben Dinge wie überall in der Welt, um das Spiel der Demokratie. Risiken für einen gewalttätigen „Kulturkampf“ sieht Levy nicht, aber er sieht - besonders nach dem Mord an Rabin - die Gesellschaft zerspalten. Man habe geglaubt, es gäbe keine innere Gewalt, keinen Rassismus, man sei liberal, man empfangen die Brüder aus der früheren Sowjetunion mit offenen Armen. Tatsächlich aber sei Israel in dieser Hinsicht ein normales Land mit normalen Problemen, mit Errungenschaften und „Nicht-Errungenschaften“.

Gegen die Levy besonders bedrückende tiefe Kluft zwischen Armen und Reichen werde wenig getan, die 800.000 aus den GUS-Ländern zugewanderten Juden würden entgegen allen Wahlversprechungen unterschätzt, es komme vor, daß Physiker und Musiker Jobs tun müssen, die weit unter ihrer

Qualifikation liegen. Viele Fragen der Kultur, der Identität, des Zionismus/Postzionismus seien in der Diskussion: Ist Israel eine Filiale Europas oder ein orientalisches Land in europäischer Einkleidung? Oder sind die Israelis den Juden im fernen Miami näher als den Arabern in der Nachbarschaft?

Der Holocaust bleibt eine Wunde.

Levy sieht die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland als vom Holocaust geprägt, der für ihn keine zurückgebliebene Narbe, sondern immer noch eine Wunde ist. Die mit Blut belastete Vergangenheit lasse nach seiner Auffassung auch für die nächste Zukunft keine normalen Beziehungen wie zwischen anderen Ländern zu.

Die Zurückhaltung gegenüber Deutschland in Israel sei kein Zufall. Sie sei verschieden ausgeprägt, führe aber zu solchen Erscheinungen, daß Israelis von den Niederlanden nach Polen über Dänemark reisen, um Deutschland nicht zu betreten; daß eine junge israelische Schriftstellerin die Übersetzung ihres Buches ins Deutsche untersagt. Andererseits seien gerade die vielfältigen deutschen Veranstaltungen zum israelischen Staatsfeiertag beeindruckend.

In Deutschland sieht Levy drei Gruppen im Verhalten zu den Juden/zu Israel (was hier oft vermischt würde): die sich ihrem Gewissen folgend mit der Vergangenheit auseinandersetzen, die diese Auseinandersetzung bewußt ablehnen und die dritte Gruppe, die dem unangenehmen dunklen Thema ausweichen will, nach Mallorca, aber nie nach Yad Vaschem reisen würde. Levy äußerte seine Befürchtung, daß gerade diese letzte Gruppe in der jungen Generation wächst und daß damit Geschichte verlorengeht.

Als Mensch, als Jude, als Israeli betrachte er - obwohl es sich natürlich um eine innere deutsche Sache handle - die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als eine Prüfung für Deutschland und verfolge persönlich gespannt, ob mitten im Herzen von Berlin, neben Deutscher Bank, Daimler Benz und Reichstag ein Holocaust-Denkmal entsteht.

Staatspflicht und Bürgeraktion

Es waren nur um die zwei Dutzend Leute, die am kalten 27. Januar in den großen Saal des Landgerichts gekommen waren, und viele kannten einander von ähnlichen Treffen. Das Max-Samuel-Haus hatte anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus eingeladen zu einer Podiumsdiskussion zum Thema *Gedenktage: Kontinuität der Auseinandersetzung mit der Geschichte oder Rituale politischer Selbstdarstellung?*

Das Gespräch zwischen Gästen, Politikern und Publikum konzentrierte sich um die Problematik der Verantwortlichkeit für Gedenken und Aufklärung. Benannt wurden die Gefahr des Verdrängens und der Ignoranz, die Notwendigkeit des Bezugs von Auschwitz zur Gegenwart und zu lokalen Ereignissen, die dringende Aufklärung der Jugend auch durch Überlebende, unzureichender Geschichtsunterricht, unverständliche Straßenumbenennungen - in diesem Umfeld nicht erstmals auftauchende Fragen.

Regine Marquardt (Kultusministerin M-V) und Dr. Enoch Lemcke (Rostocker Senator für Schule, Kultur und Sport) erteilten die bekannten Antworten, erläuterten sowohl die Verantwortung jedes Bürgers als auch die staatliche Unterstützung für Max-Samuel-Haus und Rostocker Geschichtswerkstatt sowie für andere Partner und Projekte, erklärten ihr persönliches Engagement für die Problematik, erwähnten dezent bis nachdrücklich das Wunder der Vereinigung und die Gott sei Dank vergangene dirigistische Zeit.

Der absolute Gewinn des Abends war die berührende und aufschlußreiche Begegnung mit den drei auswärtigen Gästen, die schon am Abend zuvor im Max-Samuel-Haus - auch hier im kleinen Kreis - aufgetreten waren. Gerade weil sie persönlich betroffen sind und eigenverantwortlich handeln, ließen ihre ungewöhnlich deutlichen Worte über die Verantwortung des Staates aufhorchen. Alle drei sind auf unterschiedliche Art mit Deutschland und Tschechien verknüpft.

Jan Jecha aus Prag, Jahrgang 1924, Vertreter der Theresienstädter Initiative, stammt aus jüdischer Familie, wuchs deutschsprachig auf, lebte in der Nähe von Eger, bis er durch den deutschen Zugriff 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert wurde, wo sein Vater umgekommen ist. Er sei heute ohne Haß, er habe in deutschen Schulen eine neue deutsche Generation kennengelernt. Aber seine Bitterkeit war groß, als er von der Demütigung

sprach, die die überlebenden Opfer heute erfahren, wenn sie auf eine Entschädigung von deutscher Seite warten. Statt des nach der Wende erhofften Bundestagsbeschlusses, die Opfer in Osteuropa wie die im Westen mit einer Rente von 100-150 DM zu entschädigen - soweit man überhaupt von Entschädigung für solche Qualen sprechen kann - habe es ein jahrelanges Tauziehen gegeben. Von den 12000 Berechtigten seien seit 1995 bereits 4000 verstorben, offenbar setze man auf eine biologische Lösung. Verbitterung löste auch das Schweigen der Bundesrepublik über das Münchener Abkommen aus - der Krieg habe nicht am 1.9. 1939 angefangen, sondern bereits im Mai 1938 sei der Krieg gegen die Tschechen im Sudetenland praktiziert worden. Und niemanden in der Welt habe es gestört...

Dr. Thomas Graf von Thun, Jahrgang 1949, ist ein Nachkomme einer seit 300 Jahren in Böhmen ansässigen Familie mit umfangreichem Grundbesitz und mehreren Schlössern. Die Familie habe die Vertreibung aus Böhmen 1945 als Unrecht empfunden, aber den Grund gekannt: Man war der falschen Fahne nachgelaufen, und letztlich reichten die historischen Zusammenhänge zurück bis ins vorige Jahrhundert, sind verbunden mit der Unterdrückung der slawischen Kultur, des tschechischen Volkes. Das eigentliche Problem habe also schon viel früher angefangen. Der in Bayern geborene Psychologe gründete, motiviert u.a. durch einen jüdischen Patienten, eine private Initiative zur Entschädigung der Naziopfer in Tschechien, weil er es als unzumutbar empfand, wie diese sich um eine Selbstverständlichkeit bemühen müssen. Von den 350 angeschriebenen Leuten beteiligten sich 50, darunter viele Vertriebene. Es kamen insgesamt 12.000 DM zusammen - das sei nicht so viel, wie Banken, Industrie und Politik aufbringen könnten und müßten, aber er wollte aus Protest ein Zeichen setzen, die Politik beschämen...

Peter Finkelgruen, Jahrgang 1942, Schriftsteller aus Köln, lebte nach dem Krieg mit der Großmutter, die das KZ überlebt hatte, in Prag. Sein jüdischer Großvater war ermordet worden, und der überführte Mörder wurde nie belangt - das bedeute eine Solidarität mit den Tätern, eine ebenso anhaltende Entwürdigung der getöteten Opfer wie die der überlebenden, einschließlich der Zwangsarbeiter. Bis heute gäbe es keinen Konsens

in der Bewertung des Nationalsozialismus und seiner Folgen, statt einer Zäsur, einer Stunde Null nach 1945 sei eine gewisse Kontinuität zu beobachten. Der Krieg sei auch nicht am 8. Mai 1945 beendet gewesen - die Befreiung des Gettos in Schanghai, wo Finkelgruen als Emigrantensohn geboren wurde, war erst ein halbes Jahr später erfolgt. In Rostock hatte er eine Gedenkveranstaltung in der Marienkirche besucht - 18 Leute waren beisammen - und am KZ-Gedenkstein einen Kranz der Stadt vermisst, gerade angesichts der Assoziation, die man seit Lichtenhagen mit Rostock verbinde...

Muß der Staat/die Stadt deutlichere Signale setzen oder muß die Gedenkkultur immer von unten kommen? Sind die Initiativen des Max-Samuel-Hauses ein Alibi oder ein Auftrag der Stadt? Wird die Politik durch Aktionen von unten beschämt oder entlastet?

Die teilweise unbeantwortet gebliebenen Fragen der Diskussion sind - nicht zuletzt in polemischer Korrespondenz zum sog. „staatlich verordneten

Antifaschismus“ der DDR - weiterzudenken: Welche staatlichen Regelungen sind unverzichtbar, weil sie von privaten Initiativen gar nicht zu leisten sind? Welchen Rahmen muß der Staat schaffen, um die Bürger zum persönlichen Engagement anzuregen, ohne sie zu bevormunden? Wird die Überforderung des Staates nicht immer dann beklagt, die Verantwortung des Bürgers nicht besonders dann eingefordert, wenn staatliche Defizite zu verzeichnen sind? (Und was heißt überhaupt Bürgeraktion von „unten“, wenn dort nach Aussage des Ministerpräsidenten ein unwilliger bzw. unfähiger „gesellschaftlicher Bodensatz“ von 20% der Bevölkerung lagert?)

Ob die ungewöhnlichen Akzente mit der Namensliste von Rostocker Opfern an der Marienkirche und der Projektionswand in der Nähe der niedergebrannten Rostocker Synagoge betroffen oder aufmerksam machen trotz alltäglicher Reizüberflutung mit überdimensionalen Werbeflächen für Zigaretten, Burger oder Parteien - wer weiß? Zu hoffen ist, daß solche „Stolpersteine“ Staat und Bürger irritieren und aktivieren.

In memoriam Theodor Katz

Am 27. November 1997 starb in Stockholm, nur wenige Wochen nach seinem 77. Geburtstag, unser Vereinsmitglied Dr. Theodor Katz.

Er wurde am 8. November 1920 als Sohn des Universitätsprofessors David Katz und der Psychologin Dr. Rosa Katz geboren. Bis 1933 wohnte die Familie in der Moltkestraße 13 (heute Thomas-Mann-Straße, Ecke Schillerplatz), dann in der Lloydstraße 4 (heute Goethestraße). Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Prof. David Katz, damals bereits ein international anerkannter Psychologe, als Jude aus der Rostocker Universität vertrieben. Im Herbst 1933 emigrierte er nach England und nahm einen Ruf an die Universität in Manchester an. Im Sommer 1935 folgte ihm seine Familie - neben der Ehefrau und dem Sohn Theodor auch der jüngere Sohn Julius. 1937 berief die Stockholmer Universität David Katz als Leiter auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Kinderpsychologie. Damit übersiedelte die Familie Katz nach Schweden. Theodor Katz studierte Pädagogik, war als Lehrer und Studienrat, später als Mitarbeiter der Handschriftenabteilung der Königlichen Bibliothek in Stockholm tätig. Daneben beschäftigte er sich intensiv mit Themen jüdischer Geschichte und Kultur, so z.B. mit den Juden und den Wikingern, den Juden in China. Zahlreiche Reisen führten ihn um den ganzen Erdball: nach Amerika, Australien, China, oft nach Israel. Er hielt Verbindungen zu ehemaligen Mitgliedern der Rostocker jüdischen Gemeinde in aller Welt. Unterstützung und Freundschaft verband ihn mit Bettina Simon. Sie besorgte in den 80er Jahren eine Neuausgabe der Tagebücher von Aaron Isaak (1730-1816), der von Bützow nach Schweden auswanderte und zum Begründer der jüdischen Gemeinde in Stockholm wurde. Oft war Theodor Katz in Deutschland als Gast jüdischer Gemeinden, evangelischer Akademien und Universitäten. Bis zu seinem Tode betreute er den literarischen und wissenschaftlichen Nachlaß seines Vaters. Bereits in den 60er Jahren lud die Rostocker Universität Theodor Katz zu Vorträgen in seine Geburtsstadt ein. Seit 1987 unterstützte er die Erforschung der Geschichte der Rostocker jüdischen Gemeinschaft. 1992 war er Gast der „Gedenkwoche Fünfzig Jahre Beginn der Deportation von Juden aus Mecklenburg in das Vernichtungslager Auschwitz“. Vor allem Jugendliche fanden über Gespräche mit ihm den Zugang zur jüdischen Geschichte. Den Besuchern des Max-Samuel-Hauses war Theodor Katz vor allem durch seine Vorträge über die Familie Katz bekannt. Noch wenige Monate vor seinem Tode korrespondierte er mit dem Max-Samuel-Haus über einen weiteren Besuch in Rostock, über Vortragsthemen und Ideen.

Nun kann eine erneute Begegnung mit diesem eindrucksvollen Menschen nicht mehr zustande kommen. Aber Theodor Katz wird uns in lebendiger Erinnerung bleiben.

Frank Schröder

Warum Jude sein?

Sie sind seit September 1997 in Ihrem Amt, wohnen weiterhin in Berlin und sind nur am Wochenende in Mecklenburg-Vorpommern. Ist diese Aufgabe eine Nebenbeschäftigung?

Ich betrachte es als eine sehr schöne Aufgabe, den beiden jüdischen Gemeinden in Rostock und Schwerin/Wismar zur Seite zu stehen. Eine solche Funktion im Kultusbereich hätte man mir ohne die Gründung dieser neuen Gemeinden nie übertragen. Mecklenburg-Vorpommern ist vom Zentralrat aus gesehen weit weg, keiner wollte hierher. Ich sehe es aber als Chance - für mich und für die Gemeinden.

In Berlin unterrichtete ich am jüdischen Gymnasium, das vor fünf Jahren eher zufällig eingerichtet wurde, weil ein rückübertragenes Schulgebäude zur Verfügung stand - also nicht etwa nach genauer Überprüfung gegenwärtiger und künftiger Entwicklungen. Beim Zentralrat der Juden in Deutschland, der als zentrale Instanz des Judentums aus der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ hervorgegangen ist, haben die radikalen Veränderungen des jüdischen Lebens durch die Wende kaum zu Veränderungen in den Denkweisen und Strukturen geführt - wie sich überhaupt im Westen seit 1989 außer den Postleitzahlen nicht viel verändert hat. 27000 Juden gab es 1988 in der BRD, zum großen Teil alte Leute, und heute wäre die Anzahl auf 22000 abgesunken statt auf 80000 angestiegen, wenn die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nicht gekommen wären. Das sind Menschen, deren jüdische Zugehörigkeit im Paß vermerkt war als „Nationalität“, die aber bloß nominell Juden sind, Judentum nicht gelebt haben, es höchstens aus der Erinnerung oder vom Hörensagen kennen. Und nun bilden sie die Mehrheit der in Deutschland lebenden Juden. Der enorme Zuwachs kann eine Chance bringen; wenn der Druck von unten stark genug ist, wird sich vielleicht in den verkrusteten Strukturen etwas zum Positiven ändern.

Genau da sehe ich meine Aufgabe: die Gemeinden so zu motivieren, jüdisch sein und leben zu wollen, daß sich hier wieder ein zukunftsorientiertes Judentum herausbildet und den Anschluß an das Judentum in der Welt findet. Das ist alles andere als eine Nebenbeschäftigung. Zur Zeit ist es allerdings nur am Wochenende möglich,

der Landesverband kann sich nur eine halbe Stelle leisten, auch wenn ich lieber eine ganze hätte. Aber nur mit kleinen Schritten ist nach und nach eine Bewußtseinsänderung bei den Gemeindegliedern möglich. Ein Anfang ist nun damit erreicht, wenigstens regelmäßig Gottesdienste durchführen zu können - die Beteiligung ist rege, was sehr zu hoffen gibt.

Jüdisch sein und leben zu wollen - bedeutet das zunächst erst einmal das Erlernen der Riten und Vorschriften? Worin besteht Ihres Erachtens das Hauptproblem bei der Etablierung der Gemeinden, die aus 100% Zuwanderern bestehen?

Die Zuwanderer erleben einen doppelten Kulturschock - einerseits die fremde deutsche Sprache, Kultur, soziale Umgebung, andererseits das Judentum, das sie bisher, wenn überhaupt, negativ erlebten, als Schikane, als unterschweligen Antisemitismus. Für mich besteht das Hauptproblem nicht in der Frage: *Wie* Jude sein? Das kann durch Nachahmung gelernt bzw. relativ einfach vermittelt werden. Es geht nicht lediglich um die Tradierung von Bräuchen, sondern für mich heißt die Frage: *Warum* Jude sein?

Früher war jüdisches Leben selbstverständlich: als Jude wurde man geboren und erzogen, man lebte mit einem jüdischen Ehepartner ein Leben nach jüdischer Tradition, erzog jüdische Kinder und wurde schließlich auf dem jüdischen Friedhof begraben. Es gab keine Alternative. Heute aber hat jeder die freie Wahl. Man kann sich vom Judentum abwenden, wenn es nicht als Teil der eigenen Identität begriffen wird - also rückt die Frage nach dem Warum ins Zentrum. Und die Zeit drängt.

Ich sehe meine Aufgabe in der Vermittlung eines positiven Judentums als ein Wertproblem. Ich betrachte es als Auftrag des Judentums, einen ethischen Monotheismus vorzuleben. Die Prämissen lauten: Gott gibt es, und dieser Gott verlangt ein ethisches Verhalten. Ohne Gott gibt es für den Menschen nicht Gut und Böse, sondern bloß Präferenzen - ob er Krankenhäuser baut oder Gaskammern. Mit Vernunft allein kann der Mensch nicht zwischen Gut und Böse entscheiden, es bedarf vielmehr der Moral, und die liegt in Gott begründet. Gott und Ethik bedingen einander.

Das eine ohne das andere führt in die Katastrophe. Diese Überzeugung habe ich von meinem Großvater übernommen - entgegen den Auffassungen meines Vaters. Beide haben aus dem traumatischen Wendepunkt Shoah unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Mein Vater hat sich nach Auschwitz von der Religion abgewandt: er konnte nicht mehr an Gott glauben. Mein Großvater hat sich der Religion mehr denn je zugewandt: er konnte nicht mehr an den Menschen glauben. Wie dem auch sei, nun gilt es, ein positives Judentum zu entwickeln - das ist eine große Chance, zugleich eine notwendige Bedingung für jüdisches Leben in Deutschland Ende des 20. Jahrhunderts.

Die weitaus meisten Zuwanderer sind atheistisch aufgewachsen, haben aber natürlich - ebenso wie nichtjüdische oder nichtreligiöse Menschen überhaupt - den Anspruch auf die Möglichkeit ethischen Handelns auch ohne Gott. Welche Chance, ein positives Judentum zu leben, geben Sie diesen Menschen?

Für mich selbst ist positives Judentum ohne Gott nicht zu definieren, aber für andere Menschen mag es andere Bezugspunkte geben. Judentum wird nicht durch die Religion allein bestimmt. Die Vielfalt ist ja gerade eines seiner Kennzeichen, deshalb bin ich auch gegen die Einheitsgemeinden in Deutschland. Die Differenzierung in orthodoxe, konservative und reformierte Gemeinden, wie sie in den USA bestehen, ist ein besseres Modell. Auch mein Vater - der sich ja als eine Art Antijude gab, wenn er am Schabbat im Talmud las und dazu Zigarre rauchte, oder wenn er Mazze mit Butter und Schinken aß - definierte sich in diesem ablehnenden Bezug natürlich als Jude. Außerhalb der Religion ist z.B. auch der Zionismus eine positive, weil selbstgestaltete Identität; das Leben vieler junger Leute in Israel ist heute durchaus nicht religiös, aber dennoch positiv jüdisch geprägt.

Vom Bewußtsein her sind die Zuwanderer natürlich keine religiösen Juden. Inwiefern alle tatsächlich Juden sind - diese Frage will und kann ich nicht beantworten. Die das in Deutschland immer ganz genau wußten, waren Leute, die dem Judentum am fernsten standen. Und ich halte es für abstrus zu verlangen, am Gottesdienst dürften nur beschnittene Männer teilnehmen. Woher sollte man das wissen? Man muß realistisch sein - auch koscher zu essen und regelmäßig zu beten, ist nicht von den neuen Gemeindemitgliedern zu verlangen. Aber die Rostocker Gemeinde hat einen Kulturverein gegründet, der mehr ist als

bloße Theatertruppe, sondern der das Judentum als Kultur pflegt. Der Gemeinde ist z.B. gelungen, das Purimfest ganz selbständig vorzubereiten und durchzuführen. Sie sind damit ein Stück auf dem Wege, eine jüdische Gemeinde zu werden, die übrigens auch die Kultur der Stadt bereichern kann.

Für mich bleibt Judentum ohne Religion in Deutschland ein unlösbares Problem. Letztlich wird man das Judentum aufgeben oder Deutschland. Außerhalb von Religion und/oder Zionismus wäre Judentum nur noch Folklore.

Wie beurteilen Sie die Bemühungen um jüdische Geschichte und Kultur durch Nichtjuden, wie z.B. im Max-Samuel-Haus?

Ich bin sehr gern in Rostock. Es ist, als wäre ich bei Max Samuel persönlich zu Gast, wenn ich im Max-Samuel-Haus übernachtete. Ein freiwilliges jüdisches Getto halte ich für eine schlechte Tradition, ich empfinde die Gespräche mit Nichtjuden als sehr anregend. Wenn sich die Jüdische Gemeinde heute für die Pflege der Grabstätten Rat im Max-Samuel-Haus holen muß, kann man das für eine bizarre Situation halten, aber so ist die Realität. Das Max-Samuel-Haus ist eine Art Bindeglied zwischen der auf innen fixierten Gemeinde und dem äußeren Umfeld. Als ich neulich von Boitzenburger Gymnasiasten erfuhr, die - aus Protest gegen eine Gräberschändung - beschlossen haben, den jüdischen Friedhof ihrer Heimatstadt zu pflegen, war ich sehr dankbar und gerührt. Jetzt sind diese Boitzenburger Juden endlich nach Hause zurückgekehrt. Nun bleibt es nicht bei dieser Aktion allein: die Max-Samuel-Stiftung plant dort für den Sommer ein Arbeitsseminar für Jugendliche. Solche Projekte helfen, einen Bewußtseinswandel herbeizuführen. Da sehe ich viele Kooperationsmöglichkeiten zwischen der jüdischen Gemeinde und dem Max-Samuel-Haus. Die Synergie-Effekte wären für alle von Vorteil. Selbst der ramponierte Ruf des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern könnte hier korrigiert werden, wenn auf höherer Ebene wirklich Ernst gemacht wird in dieser Hinsicht. Wir brauchen eine gesellschaftliche Klimaveränderung, um Antisemitismus und Rassismus wirksam entgegenzutreten. Die Bemühungen bleiben aber nicht auf die Bekämpfung des Negativen beschränkt, sie erstrecken sich auf die Schaffung und Stärkung des Positiven. Und genau das braucht dieses Bundesland, braucht Rostock im Besonderen. Die Arbeit des Max-Samuel-Hauses ist ein Lichtblick. In der jüdischen Tradition heißt es: schon wenig Licht kann viel Dunkelheit verdrängen.

Dr. Eugenia Gurin-Loov, eine elegante ältere Dame aus Estland, kam als Gast der Evangelischen Akademie M-V nach Deutschland, sprach im Max-Samuel-Haus über die Geschichte der Juden in Estland und eroberte die Herzen des Publikums mit ihrer intellektuellen Souveränität, ihrem geistreichen Charme und ihrem glänzenden Deutsch. Ihre Ansichten und Erfahrungen boten in sich verschränkender Weise Parallelen und Kontraste zu denen Andrew Steimans, dessen Aussage über die Differenziertheit des Judentums damit konkret erfahrbar wurde.

Judentum in Estland

Etwa 2½ Tausend Menschen verstehen sich in Estland als Juden, die Hälfte von ihnen, die sich wiederum aufteilt in estnische und russische Juden, gehört der Jüdischen Gemeinde an, die sich untergliedert in eine religiöse und eine säkulare Gemeinde und zudem vielfältige Gliederungen - u.a. für Frauen, für Veteranen - aufweist. Eugenia Gurin-Loov war nie religiös und betrachtet den Glauben an Gott keineswegs als Bedingung für jüdisches Selbstverständnis. Das hindert sie nicht daran, sich aktiv einzusetzen für den Anbau einer Synagoge an das Gemeindezentrum.

Ihre Mutter stammte aus Bessarabien, der Vater aus Polen, und sie hält es für notwendig, die Gegebenheiten in Estland (1½ Millionen Einwohner, davon 600.000 keine Esten) genauso zu akzeptieren wie die Konflikte zwischen estnischen und russischen Juden in der Gemeinde auszugleichen. Da die russischen Juden nach der „singenden Revolution“ keine estnischen Staatsbürger mehr sind, können sie auch nicht teilhaben an der Kulturautonomie - das führe zur Gefahr der Teilung der Gemeinde, die man nicht zulassen dürfe. *In Auschwitz ist kein Unterschied gemacht worden zwischen dem Kaftanjuden aus dem Stiel im Osten und dem großstädtischen Intellektuellen aus Europa.*

Die Judenvernichtung durch die Nazis und ihre Helfer oder Dulder in Estland ist eines ihrer zentralen Themen. Die promovierte Ökonomin kennt sich bis ins Detail aus mit der wechselvollen Geschichte der Juden in Estland: von der Gründung der Gemeinde Mitte des 19. Jahrhunderts durch demobilisierte Soldaten, die als Kinder zum Zwecke der Christianisierung in die Zarenarmee gepreßt worden waren; über die Renaissance des Judentums in der Estnischen Republik seit 1918 mit Kulturautonomie, Schulen, Vereinen; bis zum Ende jüdischen Lebens nach dem Anschluß Estlands an die Sowjetunion 1940; schließlich bis zur Auslöschung der Juden mit der deutschen Invasion 1941. Von etwa 4000 waren 1000 Juden in Estland geblieben - drei von ihnen überlebten. Schon zur Wannsee-Konferenz 1942 konnte gemeldet werden, Estland sei „judenfrei.“

50 Jahre habe man darüber kaum gesprochen, in der Sowjetunion war alles Jüdische verboten und verpönt. Auch heute komme von offizieller Seite

kein Sterbenswörtchen, estnische Schulbücher enthalten nur wenige Sätze über dieses Geschehen. Deshalb habe sie *die fürchterliche Arbeit* auf sich genommen, in mühevoller Recherche die Dokumente zusammenzutragen, Orte der Konzentrationslager ausfindig zu machen (besonders oft waren sie wegen der billigen Arbeitskräfte in der Nähe von Ölschieferfunden), Lebens- und Todeswege zu erforschen. Daß es über ihr Buch nach der Präsentation in großer Öffentlichkeit nur Schweigen gegeben hatte, läßt die Autorin nicht resignieren. Vielleicht wird sie selbst ein Historikertreffen zu diesem Thema organisieren, und außerdem sei alles, was aufgeschrieben ist, nicht verloren und vielleicht später nutzbar.

Die neue Freiheit der Meinungsäußerung macht es möglich, daß in Estland Zusammenkünfte der SS-Legion stattfinden, daß Bücher Nazis verherrlichen, daß die Zeitung ein Foto veröffentlicht von der Wehrmacht als Befreier eines Ortes ganz in der Nähe eines Lagers, in dem Juden, kleine Kinder umgebracht wurden... Dabei könne sie ihren Widerwillen kaum dämpfen, sagt Eugenia Gurin-Loov. Früher habe man in einer Art Konservendose gelebt, und jetzt müsse man sich in der Freiheit zurechtfinden. Da alles, was die Sowjets sagten, falsch war, ist folglich das Gegenteil richtig - so laute die gängige Annahme. Die Umwertung führe u.a. zu der Frage, welche Esten denn nun die Helden des 2. Weltkrieges waren - die bei der SS und Wehrmacht oder die in der Roten Armee? Für sie selbst gäbe es nur eine Antwort: Helden sind natürlich diejenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben. *Da kannst du machen, was du willst, dazu stehe ich.*

Eugenia Gurin-Loov sieht für die Zukunft die Anzahl ihrer Gemeindemitglieder weiter sinken, u.a. durch die Abwanderung nach Israel und nach Deutschland. Sie sieht durch die Shoah das europäische Judentum am Ende, bemüht sich aber dennoch weiter um die Jüdische Gemeinde als soziales, geistiges, kulturelles Zentrum. *Solange man lebt, muß man tätig sein.* Die Erhaltung ihres kulturellen Erbes sei aber nicht mehr durch die Juden zu leisten - zum Hüter dieses Erbes seien, wie die Dinge nun liegen, Nichtjuden geworden - wie zum Beispiel das Max-Samuel-Haus.

Das Programm bis Juni 1998

- 22. April 19.00 Uhr: Veranstaltung zum Jom HaShoa: **Was blieb...** (deutsch/russisch) Mit: Jürgen Borchert, Schriftsteller, Schwerin; Michail Kortschagin und Musikern aus der Jüdischen Gemeinde, Rostock; Frieder Jelen, Bürgerbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern.
- 19. Mai 17.00 Uhr: Eröffnung der **Fotoausstellung „Auschwitz“** / Rezitation von Kinderliedern aus Auschwitz. Mit: „Für die Zukunft lernen - Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz-Birkenau“.
- 26. Mai 19.00 Uhr: Konzertprogramm (Klavier, Gesang, Rezitation) **Gerettete Musik - Kompositionen aus dem KZ Theresienstadt**. Mit der Company „Elysium between two Continents“ / New York; Vortrag von Michael Lahr / New York.
- 4. Juni 19.00 Uhr: Vortrag **Jüdisches Leben in Osteuropa - Zwischen Abwanderung und Renaissance**. Mit: Joel J. Levy, Berliner Büro Lauder-Foundation/USA.

12.- 21. Juni: Israelische Woche des Max-Samuel-Hauses

12. Juni (Beginn 19.30 Uhr) - 14. Juni (Ende 14.00 Uhr):

Wochenendseminar (Max-Samuel-Haus / Deutsch-Israelisches Jugendforum)

Multikulturelle Vielfalt Israels

Interessierte Jugendliche (16-35 Jahre) melden sich bitte im Max-Samuel-Haus an.

18. Juni (9.00-16.00 Uhr) in der Aula der Universität:

Kolloquium (Max-Samuel-Haus / Universität Rostock)

Fünfzig Jahre Israel - Perspektiven des jüdischen Staates

Mit: Prof. Manfred Lahnstein, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Hamburg; Myriam Shomrad, Israelische Generalkonsulin in Berlin; Alice Schwarz-Gardos, Autorin, Tel Aviv/ Jerusalem; Prof. Dr. Udo Steinbach, Orientinstitut Hamburg; Dr. Natan Sznajder, Hebräische Universität Jerusalem; Dr. Yaakov Zur, Bar Ilan-Universität Ramath Gan.

Das Programm des öffentlichen Kolloquiums ist im Max-Samuel-Haus erhältlich.

20. Juni (9.00-16.00) und 21. Juni (9.00-13.00 Uhr):

Wochenendseminar (Max-Samuel-Haus / Institut für Germanistik der Universität Rostock)

Deutsch-jüdische Schriftsteller und ihr Verhältnis zu Palästina/Israel - am Beispiel von Arnold Zweig und Else Lasker-Schüler

Mit: Prof. Dr. Harald Müller, Universität Hamburg; Dr. Willi Jasper, Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Potsdam; Dr. Bernhard Vogt, Duisburg.

Interessierte melden sich bitte rechtzeitig im Max-Samuel-Haus (begrenzte Teilnehmerzahl).

Einzelveranstaltungen:

17. Juni 20.00 Uhr: **Israelischer Filmabend** - Neue israelische Filme im Gespräch (mit Deutsch-Israelischer Gesellschaft im LiWu Stephanstraße).

18. Juni 19.30 Uhr: Vortrag **Fünfzig Jahre Staat Israel**. Mit: Gesandtin Myriam Shomradt.

20. Juni 19.00 Uhr: Buchlesung **Zwischen Wien und Tel Aviv**. Mit: Alice Schwarz-Gardos, Schriftstellerin, Chefredakteurin der „Israel-Nachrichten“.

21. Juni 19.00 Uhr: Konzertprogramm **Juden in Deutschland**. Mit: Jalda Rebling und Gruppe.

Veranstaltungsort, wenn nicht anders angegeben: Max-Samuel-Haus, Schillerplatz 10